

Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christian Kaisal
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Frau Ellen Knoop
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Günter Thum

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter
Herr Dr. Heinz Janning	Beigeordneter
Herr Werner Lütke Meyer	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter Interner Service
Herr Bernd Weber	Pressesprecher (ztw.)
Herr Peter Oldekopf	Rechnungsprüfungsamtsleiter (ztw.)
Herr Walter Möller	FBL Bildung, Kultur und Sport (ztw.)
Herr Ludger Schöpfer	FBL Jugend, Familie u. Gesundheit (ztw.)
Herr Theo Deluweit	Leiter Sportservice (ztw.)
Herr Theo Elfert	Stellv. Schriftführer Vertretung für Herrn Michael Vogelsang

Enschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die zugestellten Nachtragsvorlagen 271/06 und 272/06 und schlägt vor, diese als Tagesordnungspunkte 22. b) und 22. c) in die Tagesordnung einzufügen.

Nach Erläuterung der Dringlichkeit durch Frau Dr. Kordfelder stimmt der Haupt- und Finanzausschuss dem Ergänzungsvorschlag einstimmig zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung am 30. Mai 2006

I/A/0315

Herr Niehues bezieht sich auf den Beschluss zu TOP 6 der o. g. Niederschrift und bittet um Ergänzung der finanziellen Auswirkung, die durch die Reduzierung der Öffnungszeiten in der Außenstelle Mesum erzielt worden sei, und zwar für das Haushaltsjahr 2006 zwischen 6.000,00 und 7.000,00 € sowie um 13.000,00 € für die Folgejahre.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche werden zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 30. Mai 2006 gefassten Beschlüsse

I/A/0650

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

I/A/0680

3. a) Publik-Viewing-Veranstaltungen

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als **Anlage 1** dieser Niederschrift beige-fügten Vermerkes vor.

I/A/1010

3. b) Zeit- und Arbeitsplan zum Aufstellungs- und Beratungsverfahren des Haushaltsplanes 2007

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass es gemeinsam erklärtes Ziel von Rat und Verwaltung sei, den Haushalt 2006, der unter den Rahmenbedingungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in neuer Form entworfen und im April d. J. eingebracht worden sei, in der nächsten Woche zu verabschieden. Es bestehe Einvernehmen darüber, dass der Haushaltsplan für das Jahr 2007 in Form und Struktur noch optimiert werden müsse. Zudem stehe die Stadt Rheine vor den Aufgaben der Haushaltskonsolidierung und der damit einhergehenden Synchronisation der Parallelprozesse „Leitbild Rheine 2020“ und „Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept“.

Diesen Aufgaben werde man sich bis Ende d. J. stellen; den Fraktionsvorsitzen-den sei gestern ein Zeit- und Arbeitsplan zur Bewältigung dieser Aufgaben vor-gestellt worden. Die Verwaltung möchte mit der Politik gemeinsam Konsolidie-rungsansätze erarbeiten und hiermit unmittelbar nach den Sommerferien begin-nen. Hierbei solle es insbesondere um die strategische Gesamtzielvorgabe und einzelne Konsolidierungsschritte gehen, d. h., dass die Verwaltung davon ausge-he, dass die Stadt das Problem ihres strukturellen Defizits nicht in Gänze in 2007 werde lösen könne.

Man werde sich aber auf weiter gehende Handlungsansätze festlegen müssen, z. B. bezogen auf den HFA-Beschluss vom 21. März 2006, der auf einen Antrag der CDU-Fraktion beruhe und u. a. weiter gehende Konsolidierungen im Perso-nalbereich vorgebe oder bezogen auf den Antrag der SPD-Fraktion aus der HFA-Sitzung am 30. Mai 2006, der beinhalte, dass der Rat den Beschluss fasse, bei Ausscheiden eines Beigeordneten diese Position im Verwaltungsvorstand nicht wieder zu besetzen.

Diese und andere Konsolidierungsmöglichkeiten möchte die Verwaltung in der Strategie- und Finanzkommission in 4 Sitzungen von August bis Oktober d. J. mit

der Politik erörtern, sodass die Verwaltung in der Lage sei, die Eckdaten für den Haushalt 2007 im Haupt- und Finanzausschuss am 24. Oktober 2006 und den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007 am 12. Dezember 2006 im Rat einzubringen.

Die Verabschiedung des Haushaltsplanes 2007 durch den Rat sollte dann im März nächsten Jahres erfolgen.

Die Fraktionen könnten davon ausgehen, dass die Verwaltung für die anstehenden Konsolidierungsgespräche das Leistungsportfolio differenziert nach „Pflichtaufgaben“ und sog. „Freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben“ aufbereiten werde, damit man sich ein sehr konkretes Bild davon machen könne, was in Rheine noch sein müsse, sein solle bzw. sein könne und was überhaupt weiter gehend im Sinne von Konsolidierung steuerbar sei. Sie verweist hierbei auf die Situation bezüglich des Personalabbaus.

Weiter führt Frau Dr. Kordfelder aus, dass die Verwaltung sich bereits im laufenden Prozess für den Haushalt 2006 bemüht habe, den politischen Vorgaben zu folgen, die noch in den letzten Wochen zusätzlich zu den schon getätigten Einsparungen beantragt worden seien. Diese seien auch bis auf eine 0,36-Stelle (siehe Vorlage 253/06) eingearbeitet worden. Die Vorgabe, 100.000,00 € im Personalkostenbudget 2006 zusätzlich zu sparen, könne die Verwaltung nur als Absichtserklärung formulieren.

Die Verwaltung werde zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 der heutigen Sitzung im Übrigen noch ergänzend Stellung beziehen und förmliche Erklärungen dazu abgeben. Die Verwaltung sehe sich in der Verantwortung und Verpflichtung, den von Rat und Verwaltung bereits begonnenen Konsolidierungsprozess weiter zu betreiben.

Frau Dr. Kordfelder informiert die Anwesenden an dieser Stelle über das von der Verwaltung entwickelte Aufstellungsverfahren, deren Bestreben, zum Wohle der Stadt möglichst konsensuell die anstehenden Probleme mit der Politik gemeinsam anzugehen und Lösungen zuzuführen.

Sie bittet die Fraktionen abschließend darum, sich darauf einzustellen, den Terminplan zum anstehenden Verfahren in der Strategie- und Finanzkommission, in den Ausschüssen und im Rat in der kommenden Fraktionsvorsitzendenbesprechung gemeinsam mit der Verwaltung festzulegen.

4. Erhebung von Kindergartenelternbeiträgen - Satzungsbeschluss Vorlage: 236/06

I/A/1440

Herr Schöpfer berichtet über die Vorberatung dieses Tagesordnungspunktes im Jugendhilfeausschuss, der dem Rat einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen eine lineare Beitragserhöhung empfohlen habe. Gleichzeitig solle das Land aufgefordert werden, seine Beschlüsse zum Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren zurückzunehmen. Der Familienbeirat habe sich vehement gegen die vom Jugendhilfeausschuss empfohlene Kindergartenbeitragserhöhung ausgesprochen.

Herr Niehues hält die Situation für paradox, denn es würde bundesweit und überparteilich eine Diskussion geführt über Möglichkeiten zur Stärkung der Famili-

en, insbesondere der mit Kindern, bis hin zum Verzicht auf Kindergartenbeiträge. Die Wirklichkeit sehe jedoch anders aus, denn in Nordrhein-Westfalen, wo das Jahr 2006 als Jahr des Kindes propagiert werde, mit vielen guten Aktionen, wie z. B. die Familienzentren, verabschiede sich das Land von einem Teil der Gebühren für die Kindertageseinrichtungen. Die Träger der Kindergärten könnten dieses Defizit nicht auffangen, sodass die Kommunen und/oder die Eltern hierauf hängen blieben. Wenn man die finanzielle Situation der Stadt Rheine näher betrachte, komme man zu dem Ergebnis, dass die Stadt Rheine die Ausfälle nicht kompensieren könne, was auch für andere Streichungen auf Europa-, Bundes- oder Landesebene gelte.

Gezwungenermaßen werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit einer linearen Beitragserhöhung zustimmen, wohl wissend, dass damit unterschiedliche Elternbeiträge im gesamten Kreisgebiet entstehen würden. Die CDU-Fraktion fühle sich zu dieser Erhöhung verpflichtet, weil im Jahr 2007 im Kindertagesstättenbereich die Situation noch heikler werde, weil dann die Trägerverträge auslaufen würden und schon jetzt bekannt sei, dass die Kirchen sich aus ihrer finanziellen Verantwortung in einem bestimmten Rahmen zurückziehen würden.

Das Land habe beabsichtigt, im Jahre 2007 eine neue Landesförderung für Kindergärten zu verabschieden. Diese Absicht sei neuerdings in das Jahr 2008 verschoben worden. Hieran werde deutlich, dass die Stadt die sich abzeichnenden Kürzungen nicht alle auffangen könne.

Herr Niehues stellt abschließend fest, dass die CDU-Fraktion die Entscheidung der Landesregierung bedauere. Insofern werde seine Fraktion auch die Forderung an das Land, die Beschlüsse zum Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren bis spätestens 2007 zurückzunehmen, unterstützen.

Auch Herr Hemelt kritisiert die Kürzung der Landesmittel gerade bei den Kindern und Jugendlichen, denn dieses Vorgehen stehe den Erklärungen der Landes-CDU aus dem Wahlkampf entgegen. Durch diese Kürzungen sei die Stadt Rheine gezwungen, eine Satzung zu erlassen, die sie eigentlich nicht wolle. Die Landespolitik zeige die Grenzen einer kommunalen Familienpolitik auf, was sehr bedauerlich sei. Durch die Reduzierung der Landesförderung würden der Stadt für Kindertageseinrichtungen ca. 200.000,00 €/Jahr fehlen, um die die Stadt die Elternbeiträge jetzt erhöhen müsse, und das im Jahr des Kindes.

Auch die SPD-Fraktion habe im Jugendhilfeausschuss den Antrag gestellt, das Land aufzufordern, die Beschlüsse zum Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren zurückzunehmen. Im Gegensatz zur CDU-Fraktion plädiere seine Fraktion aber für die gestaffelte Beitragserhöhung, weil diese für die niedrigen Einkommensgruppen günstiger sei.

Herr Ortel unterstützt die Ausführungen seiner Vorredner und stellt fest, dass die Entscheidung des Landes aus familienpolitischer Sicht ein falsches Signal sei. Auch er hoffe, dass das Land diese Entscheidung zurücknehmen werde und sei guter Hoffnung, weil auch die CDU-Fraktionen vor Ort diese Entscheidung des Landes nicht mittragen würden. Auch wenn seine Fraktion den Beschluss nicht mittragen werde, so spreche sie sich doch für die gestaffelte Beitragserhöhung aus mit Rücksicht auf die unteren Einkommensgruppen. Er bittet Frau Dr. Kordfelder, zunächst über diese Alternative abstimmen zu lassen.

- a) Unter Punkt 1.1 ist Satz 1 zu streichen.
- b) Neu eingefügt wird:
Sind Räumlichkeiten einer vereinseigenen Anlage fest verpachtet und beinhaltet die eingereichte Betriebskostenabrechnung auch diese Räume, werden die hierfür anfallenden Kosten anteilmäßig nach Raumgröße herausgerechnet.
Vereine mit vereinseigenen Anlagen haben sich schriftlich zu erklären, ob Räume verpachtet sind. Hierbei ist deren Größe anzugeben. Sollte ein Verein wissentlich falsche Angaben machen und dieser Sachverhalt festgestellt werden, wird der betreffende Verein für ein Folgejahr von der Förderung der Betriebskosten ausgeschlossen. Für die Vergangenheit würde eine Rückforderung der Überzahlung erfolgen.
- c) Zu den Betriebskosten zählen auch die Müllabfuhrgebühren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Antrag des RHTC auf Förderung des Umbaus eines Naturrasenplatzes in einen Kunstrasenplatz
Vorlage: 207/06/1

I/A/3300

Herr Niehues erklärt seitens der CDU-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Er möchte allerdings deutlich herausstellen, dass der RHTC beim Kunstrasenplatz eine Sonderstellung gegenüber anderen Vereinen, wie z. B. Fußballclubs, einnehme, weil für den Hockeysport ein Kunstrasenplatz schon fast zwingend erforderlich sei. Insofern könnten aus diesem Beschluss in Rheine keine Präzedenzfälle hergeleitet werden.

Herr Holtel bittet, in Gesprächen mit dem RHTC sicherzustellen, dass die unterschiedlichen Baumaßnahmen – Kunstrasenplatz, Hochwasserschutzmauer – im Vorfeld abgestimmt würden, damit keine zeitlichen Verzögerungen eintreten würden.

Herr Grawe erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwar Verständnis für das Anliegen des RHTC habe; seine Fraktion halte aber eine Hockeyanlage in einem Landschaftsschutzgebiet, das gleichzeitig auch Überschwemmungsgebiet sei, für sehr problematisch, zumal es auch andere Standorte für diese Anlage gebe. Da durch den Kunstrasenplatz auch noch eine zusätzliche Versiegelung der Fläche stattfinde, werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beschlussvorschlag aus Gründen des Naturschutzes ablehnen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Empfehlung des Sportausschusses, den RHTC Rheine für den Umbau eines Naturrasenplatzes in einen Kunstrasenplatz mit einer Gesamtsumme von 70.000,00 € zu fördern.

Die Auszahlung erfolgt im Jahr 2006 in Höhe von 20.000,00 € und im Jahr 2007 in Höhe von 50.000,00 €.

Der Sportausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, für das Haushaltsjahr 2007 dazu eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000,00 € einzurichten.

Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Unteren Landschaftsbehörde zu den zu ändernden Sukzessionsflächen und dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zu dem zu erweiternden Pachtvertrag.

Als Nebenbestimmung sind folgende Regelungen im Förderbescheid der Verwaltung für den RHTC aufzunehmen:

- *Die erforderlichen Sukzessionsflächen zum Ausgleich des mit der Umwandlung der Fläche durch den Kunstrasen verursachten Eingriffes in Natur und Landschaft sind nach den Vorgaben der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Steinfurt durch den Verein auf eigene Kosten durchzuführen.*
- *Die Verantwortung für die Durchführung und Einhaltung der Sukzessionsmaßnahmen übernimmt der RHTC.*
- *Die Sukzessionsfläche verbleibt pachtzinsfrei in der Pachtfläche des RHTC. Der RHTC übernimmt für die Dauer des Pachtverhältnisses auf eigene Kosten die Pflege und Unterhaltung der Pachtfläche insgesamt.*
- *Die Verantwortung für die Entsorgung des Kunstrasens und die Entsorgungskosten obliegen in jedem Fall, insbesondere bei Pachtende, dem RHTC. Auf eine Bürgschaft für die späteren Entsorgungskosten des Kunstrasens wird verzichtet.*
- *Für überschwemmungsbedingte Schäden und hieraus resultierende Kosten können vom RHTC keine Ansprüche gegen die Stadt geltend gemacht werden.*

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen

7. Antrag des RHTC auf Verlängerung des Pachtverhältnisses für eine Sportfläche am Timmermanufer und Anlegung eines Kunstrasenplatzes und Durchführung der damit verbundenen Sukzessionsmaßnahmen
Vorlage: 252/06

I/A/3455

Herr Niehues bittet die Verwaltung, den Vertrag mit dem RHTC so zu formulieren, dass ggf. eine Option auf eine Anpassung des Pachtzinses zu einem späteren Zeitpunkt möglich sei.

Beschluss:

Unter dieser Bedingung beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, einen langfristigen Pachtvertrag über den Zeitraum von 30 Jahren mit dem RHTC abzuschließen und die beiden bisher bestehenden Pachtverträge vom 8. Juli 1981 und 24. November 1994 im Einvernehmen mit dem Verein aufzulösen.

Der Pachtzins beträgt 0,01 €/m² für die Sportfläche in der Größe von ca. 24.000 m².

Die Anlegung eines Kunstrasenfeldes und die Durchführung der dafür von der Unteren Landschaftsschutzbehörde (ULB) geforderten Sukzessionsmaßnahmen werden genehmigt.

Die erforderlichen Sukzessionsmaßnahmen zum Ausgleich des mit der Versiegelung der Fläche durch den Kunstrasen verursachten Eingriff in Natur und Landschaft sind nach den Vorgaben der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Steinfurt durch den Verein auf eigene Kosten durchzuführen.

Die Verantwortung für die Durchführung und Einhaltung der Sukzessionsmaßnahmen übernimmt der RHTC.

Die Sukzessionsfläche verbleibt pachtzinsfrei in der Pachtfläche des RHTC. Der RHTC übernimmt für die Dauer des Pachtverhältnisses auf eigene Kosten die Pflege und Unterhaltung der Pachtfläche insgesamt.

Die Verantwortung für die Entsorgung des Kunstrasens und die Entsorgungskosten obliegen in jedem Fall, insbesondere bei Pachtende, dem RHTC. Auf eine Bürgschaft für die späteren Entsorgungskosten des Kunstrasens wird verzichtet.

Für überschwemmungsbedingte Schäden und hieraus resultierende Kosten können vom RHTC keine Ansprüche gegen die Stadt Rheine geltend gemacht werden.

Der RHTC erklärt sich mit den auf der Pachtfläche noch durchzuführenden Maßnahmen im Zuge der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen einverstanden. Geplant ist nach heutigem Stand eine Hochwasserschutzmauer an der Parzellengrenze zum Timmermanufer. Nach der Erstellung der Mauer wird zur Rasenfläche eine einreihige Hecke gepflanzt. Diese Hecke wird in der Böschungsebene der Pachtfläche angelegt (siehe Anlage 1 zur Vorlage – Schnittzeichnung). Während der Bauarbeiten wird der 4 Meter breite Abstandsstreifen zum geplanten Kunstrasenplatz als Baustellenstreifen genutzt, und der vorhandene Ballfangzaun wird entfernt. Dadurch kommt es zu Einschränkungen der Nutzung der Pachtfläche und des Spielbetriebes.

Der Pachtvertrag wird erst nach Vorliegen der Genehmigungen durch die Untere Landschaftsbehörde und das Staatliche Umweltamt Münster abgeschlossen. Sollten die Genehmigungen nicht erteilt werden, so gelten die bisherigen Pachtverträge mit dem RHTC weiter.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
 2 Stimmenthaltungen

8. Kinderspielplatz für das Baugebiet "Franz-Tacke-Straße"
Vorlage: 211/06

I/B/0125

Herr Dr. Janning berichtet über die Vorberatung der Vorlage am 24. Mai 2006 in den Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" und des Jugendhilfeausschusses. Der Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“ habe dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, der Jugendhilfeausschuss die Entscheidung bis zur heutigen Sondersitzung vertagt und gleichzeitig die Verwaltung aufgefordert, ein Gespräch mit der Grundstückspächterin zu führen mit dem Ziel, den Pachtvertrag dahin gehend zu ändern, dass der Kinderspielplatz früher als 2016 ausgebaut werden könne. Das für den 12. Juni d. J. vereinbarte Gespräch sei wegen Terminverhinderung der Grundstücksbesitzerin leider nicht zu Stande gekommen und werde am kommenden Montag nachgeholt. In dem Gespräch werde die Verwaltung jedenfalls keine finanziellen Gegenleistungen für eine frühere Bereitstellung der Fläche anbieten.

Der Jugendhilfeausschuss habe in seiner heutigen Sitzung keine Entscheidung getroffen, weil es bisher noch keine neuen Erkenntnisse gegeben habe. Dennoch könne der Haupt- und Finanzausschuss vorbehaltlich der Einigung mit der Pächterin den Beschluss zum Ausbau des Kinderspielplatzes fassen, denn die Mittel für den Ausbau des Kinderspielplatzes stünden bekanntlich im Haushaltsplan zur Verfügung. Gebe es jedoch keine Einigung mit der Grundstückspächterin, komme der Beschlussvorschlag laut Vorlage als Zwischenlösung zum Tragen.

Beschluss:

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die Entscheidung bis nach dem Gespräch mit der Grundstückspächterin zurückzustellen und ggf. in der kommenden Ratssitzung einen Beschluss zu fassen.

Nach kurzer Diskussion erklären sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses mit diesem Vorschlag einverstanden, sodass der Haupt- und Finanzausschuss die Entscheidung einstimmig an den Rat der Stadt verweist.

9. Gesamtstellenplan 2006
Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 253/06

I/B/1140

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage und stellt klar, dass es sich hierbei um die Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen handele. Die Vorlage weise gegenüber dem Stellenplan 2005 einen Überhang von 0,36 Stellen aus. In der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung sei hierüber intensiv gesprochen worden, sodass die Verwaltung dem HFA heute vorschlage, die 2,5 Sozialarbeiterstellen für Vollzeitpflege im Fachbereich 2 zu streichen, um damit per Saldo eine Stellenreduzierung von 2,14 Stellen zu erreichen.

Herr Niehues weist darauf hin, dass im Stellenplan 7,73 Stellen für die Musikschule ausgewiesen seien, die von insgesamt 29 Mitarbeiter(inne)n belegt wür-

den. Dieses Verhältnis mache deutlich, dass es sich um Stellen mit einem Höchstanteil von 0,5, aber auch mit einem Anteil von nur 0,01 Stellen handle. Es sei aber alles hauptamtliches Personal, das auch Personalnebenkosten verursache.

Im Bereich der VHS gebe es mehr als 100 Honorarkräfte, die ein vergleichbares Aufgabenfeld wie die Musikschullehrer(innen) hätten. In Einzelfällen läge der Stellenanteil deutlich über 0,5.

Die CDU-Fraktion sehe Schwierigkeiten auf die Stadt Rheine zukommen, wenn die Musikschule und die Volkshochschule zusammengelegt würden, denn es gäbe dann in der Musikschule hauptamtliche Mitarbeiter(innen), die eigentlich – wie bei der Volkshochschule – Honorarkräfte sein müssten. Seine Fraktion sehe die Gefahr, dass evtl. die eine oder andere Honorarkraft, die diese Tätigkeit als Haupterwerb durchführe, sich möglicherweise eine hauptamtliche Tätigkeit einklagen werde.

Aus diesem Grunde beantrage die CDU-Fraktion, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, um für die 7,33 Stellen bei der Musikschule die Gesamtsituation unter Bekanntgabe der tarifrechtlichen Rahmenbedingungen (unterschiedliche Laufzeiten etc.) einmal darzustellen. In der Arbeitsgruppe „Musikschule“ sei hierüber schon gesprochen worden, sodass die Daten schon vorliegen würden. Spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2007 solle hierüber im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden.

Zum Stellenplan 2006 führt Herr Niehues aus, dass die CDU-Fraktion mit dem gestrigen Zwischenstand der Stellenplanberatungen nicht zufrieden gewesen sei. Er erinnert daran, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 9. Mai 2006 gemeinsame Anstrengungen zur Reduzierung der Personalkosten vereinbart worden seien. Hiervon sei bisher seitens der Verwaltung wenig zu spüren gewesen, vielmehr habe er das Gefühl, dass sich der Verwaltungsvorstand auf die dringend notwendigen Einschnitte, die auch Verzicht auf Qualität und Standard nach sich ziehen würden, noch gar nicht eingestellt habe. Für den Stellenplan 2006 hätte es zwei Vorgaben gegeben, und zwar keine Ausweitung des Stellenplanes 2006 gegenüber dem des Jahres 2005 sowie die Reduzierung des Personalkostenbudgets um 100.000,00 €. Leider habe sich die Verwaltung bisher nicht in der Lage gesehen, diese Vorgaben umzusetzen. Wenn dieses Ziel gemeinsam nicht erreicht werden könne, sehe sich die CDU-Fraktion gezwungen, unter dem nächsten Tagesordnungspunkt die Beschlüsse zu fassen, die sie zur Erreichung dieses Ziels für richtig halte. Das bedeute, dass unter diesen Umständen nicht die freien Stellen in der Verwaltung besetzt würden mit Ausnahme der 6 Feuerwehrstellen. Hiervon betroffen seien die 0,5 Stelle Kulturmanagement im FB 1, die 2,5 Stellen Reintegration im FB 2, 1 Stelle der Zentralen Finanzbuchhaltung im FB 4 sowie die TUIV-Stelle im FB 7. Die Verwaltung selbst habe bereits die genehmigte Stelle „Leitung VHS/Musikschule“ sowie die „Leiterstelle Stadtplanung“ für 2006 relativiert. Auch diese beiden Stellen würden im Stellenplan 2006 gestrichen.

Die CDU-Fraktion werde daher den Stellenplan für 2006 auf 702,98 Stellen festlegen, bis die Verwaltung ein Signal gegeben habe, wie sie die 100.000,00 € im Personalkostenbudget einsparen werde. Wenn die Verwaltung bis zur Ratssitzung Einsparpotenziale aufzeige, könne man durchaus noch über die eine oder andere Ergänzung des Stellenplanes sprechen. Bis dahin werde die CDU-Fraktion die im

nichtöffentlichen Teil vorgesehenen Personalentscheidungen nicht treffen. Die Veränderungen innerhalb des Stellenplanes trage die CDU-Fraktion allerdings mit, sie könnten insofern umgesetzt werden.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. März 2006 und zitiert aus der Niederschrift. Sie stellt fest, dass der Prüfauftrag der CDU-Fraktion insofern nicht neu sei; die Verwaltung arbeite bereits daran. Auch habe sie nicht umsonst die Information über den Zeit- und Aufgabenplan des Haushalts 2007 unter TOP 3 b vorangestellt.

Ferner stellt sie nochmals klar, dass unter dem jetzigen Tagesordnungspunkt 9 die Ergebnisse der Fachausschussberatungen zum Gesamtstellenplan diskutiert würden. Die Verwaltung habe das Ergebnis dieser Fachausschussberatungen in der Vorlage 253/06 zusammengefasst. Die Verwaltung schlage vor dem Hintergrund der Entscheidungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 9. Mai 2006 an dieser Stelle vor, den Stellenplan um 2,5 Stellen zu reduzieren, sodass die auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossene Vorgabe um 2,14 Stellen unterschritten werde. Zum weitergehenden Beschluss, nämlich der Einsparung von 100.000,00 € im Personalkostenbudget, werde Herr Lütke-meier unter dem Tagesordnungspunkt 10 einen Vorschlag unterbreiten.

Damit die Fraktionen sich unter diesen Vorgaben nochmals positionieren könnten, schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, die Sitzung für 5 Minuten zu unterbrechen.

Herr Ortel kritisiert den Kürzungsvorschlag der Verwaltung, ohne dass hierfür eine Begründung mitgeliefert worden sei. Es könne auch nicht sein, dass die Verwaltung wohl wissend der Mehrheitsverhältnisse im Rat nur noch mit der CDU kommuniziere.

Frau Dr. Kordfelder erwidert, dass sie den Vorschlag vor dem Hintergrund der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung unterbreitet habe. Die Verwaltung wolle mit dem Vorschlag zu einer Kompromisslösung beitragen. Der Vorschlag auf Streichung der 2,5 Sozialarbeiterstellen sei deshalb erfolgt, weil nach Prüfung der Verwaltung die Refinanzierung dieser Stellen auch dann möglich sei, wenn sie nicht im Haushaltsplan ausgewiesen seien.

Herr Holtel geht davon aus, dass trotz Streichung der 2,5 Stellen die Aufgaben im Bereich des Jugendamtes wahrgenommen würden.

Herr Toczowski erklärt, die SPD-Fraktion wäre bereit gewesen, den Stellenplan in der vorliegenden Form zu beschließen, begrüße aber den Vorschlag der Bürgermeisterin auf kurze Unterbrechung der Sitzung.

Herr Hermeling weist in diesem Zusammenhang nochmals auf die Bedeutung des Stellenplanes hin, denn die Streichung der 2,5 Stellen sei nur eine Reduzierung des „Zahlenwerkes“; an der Aufgabenwahrnehmung werde sich jedoch nichts ändern.

Herr Niehues erklärt, dass die Sitzungsunterbrechung nur dann Sinn mache, wenn die Verwaltung schon jetzt eine Aussage zu der beschlossenen Einsparung von 100.000,00 € im Personalkostenbudget machen könne.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass die Verwaltung unter dem nächsten Tagesordnungspunkt hierzu etwas sagen werde. Deshalb unterbricht sie an dieser Stelle die Beratung zum Tagesordnungspunkt 9 und ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf.

**10. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009
Ergebnisse der Fachausschussberatung
Vorlage: 254/06**

Herr Lütkemeier bezieht sich auf die gestrige Fraktionsvorsitzendenbesprechung und erklärt, dass im Jahre 2001 Stiftungsmittel für das Kloster Bentlage in den Haushalt eingestellt worden seien, von denen noch ca. 60.000,00 € zur Verfügung stünden. Nach den Vorgaben des NKF sei dies kein bilanzierungsfähiger Posten. Der jeweilige Mittelabfluss stelle Aufwand dar, der in den Ergebnisplan eingehe. Wenn also die städtische Unterstützung weiter fortgesetzt werden solle, müsse jährlich ein Betrag von 10.000,00 € im Ergebnisplan zur Verfügung gestellt werden.

Bezüglich der Personalkostenreduzierung erklärt Herr Lütkemeier, dass die Verwaltung die im Rahmen der Eckdatenvorgaben beschlossenen 100.000,00 € versuchen werde einzusparen. Das bedeute, dass der in der Vorlage genannte Betrag in einer Summe um 100.000,00 € zu kürzen sei, ohne dass die Verwaltung heute schon sagen könne, wie und wo dieser Betrag eingespart werden könne. Die Verwaltung könne daher heute nur die Zusicherung geben, dass sie bemüht sei, jede sich bietende Gelegenheit zur Personalkostenreduzierung umzusetzen, was allerdings schwierig sei, da die Personalkosten auf der Grundlage der bei der Stadtverwaltung Rheine beschäftigten Bediensteten ermittelt worden seien und insofern grundsätzlich keinen Spielraum beinhalten würden.

Bezüglich der Kostenfestschreibung für die Stadtbücherei trägt Herr Dr. Kratzsch den Inhalt des als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Schriftstückes vor.

Anschließend stellt Herr Niehues fest, dass man sich die Aufregungen in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung hätte sparen können, wenn die Verwaltung den soeben von Herrn Lütkemeier vorgetragenen Vorschlag im Vorfeld schon unterbreitet hätte. Die Aussage von Herrn Lütkemeier, dass die Personalkosten auf der Grundlage der bei der Stadt Rheine beschäftigten Mitarbeiter ermittelt worden seien, sei aber nicht ganz korrekt, denn in dem Betrag von 33 Mio. € seien auch Kosten für befristete Arbeitsverträge sowie für solche, die noch abgeschlossen werden sollten und für die sonstigen im nichtöffentlichen Teil vorgeschlagenen Stellenbesetzungen enthalten.

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30. Mai 2006 sei darüber hinaus unter dem Tagesordnungspunkt 5 eine 0,5-Stelle für die Außenstelle Mesum eingespart worden. Die hierdurch eingesparten Personalkosten seien aber noch im Budget enthalten, was für ihn unerklärlich sei. Gleiches gelte für die gestrichene Stelle des Leiters im Fachbereich 4 sowie für die 0,48-Stelle in der Information/Telefonzentrale des Fachbereiches 7. Ferner würden sich Personalkostenreduzierungen ergeben durch die erst im nächsten Jahr zu besetzenden Stellen für die Leitung der Volkshochschule/Musikschule und der Planungsverwaltung. All diese Einsparungen seien schon eine gute Basis, um die vorgegebene Personalkosteneinsparung von 100.000,00 € im Jahr 2006 zu erreichen.

Trotz der Ausführungen von Herrn Dr. Kratzsch zur Kostenfestschreibung bei der Stadtbücherei bleibe die CDU-Fraktion bei den vorgegebenen 1,8 Mio. €. Mit der nachträglichen Ausweisung der Stiftungsmittel für das Kloster Bentlage sei die CDU-Fraktion einverstanden.

Ferner weist Herr Niehues darauf hin, dass der Sportausschuss beschlossen habe, zusätzlich 44.000,00 € für die Sanierung von Vereinssportanlagen bereitzustellen. Diese würden ebenfalls in der Zusammenfassung der Verwaltung fehlen.

Herr Lütke-meier erwidert auf die Ausführungen von Herrn Niehues zu den Personalkosteneinsparungen, dass zum Beispiel die Stelle des Fachbereichsleiters „Finanzen“ nicht im Personalkostenbudget für das Jahr 2006 enthalten gewesen sei, weil die Stelle hätte verwaltungsintern ausgeschrieben und besetzt werden sollen. Es wäre beabsichtigt gewesen, die so freigezogene Stelle nicht wieder zu besetzen.

Herr Niehues entgegnet, dass Herr Lütke-meier in der letzten HFA-Sitzung anders argumentiert hätte. Im Übrigen seien die Kosten der Fachbereichsleiterstelle höher als die jetzige Stelle des möglichen Stelleninhabers.

Frau Dr. Kordfelder ist sich sicher, dass zu dieser Stelle keine anders lautende Aussage von Herrn Lütke-meier in der letzten HFA-Sitzung gemacht worden sei, denn die jetzige Aussage entspreche der bisherigen Verwaltungspraxis.

Herr Toczowski bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Kratzsch, die für die SPD-Fraktion durchaus nachvollziehbar seien, denn die von der CDU-Fraktion gewünschte Kostenfestschreibung sei nicht im Sinne der Sache, sondern ein Rückschritt was die Qualität der neuen Stadtbücherei angehe. Daher schlage die SPD-Fraktion vor, auf den Grundsatzbeschluss zurückzugreifen, der 2,8 Mio. € für Umbaumaßnahmen und Einrichtungsgegenstände vorgesehen habe.

Ferner spricht sich Herr Toczowski dafür aus, dass unmittelbar nach den Sommerferien in den Ausschüssen über die Ziele und Kennzahlen für den Haushaltsplan 2007 gesprochen werden solle. Er bittet die Verwaltung, die entsprechenden Vorschläge rechtzeitig vorzulegen.

Herr Wilp plädiert dafür, künftig die Zusammensetzung des Personalkostenbudgets für die Ausschussmitglieder nachvollziehbar aufzuschlüsseln, damit jeder erkenne, was darin enthalten sei. Durch die Reduzierung des Personalkostenbudgets um 100.000,00 € für das Jahr 2005 müsse die Verwaltung jetzt genau abwägen, ob sie alle freien Stellen wiederbesetzen wolle. Die CDU-Fraktion werde jedenfalls präzise beobachten, ob die Verwaltung mit dem reduzierten Budget handlungsfähig bleibe.

Frau Dr. Kordfelder erinnert daran, dass sie bei der Einbringung des Haushaltsplanes bereits erläutert habe, was mit dem Personalkostenbudget abgedeckt sei. Nicht darin enthalten seien zum Beispiel Tariferhöhungen, die seit Jahren durch die Verwaltung aufgefangen würden. Die Verwaltung werde jedenfalls im Rahmen der Quartalsberichte über die Entwicklung der Personalkosten informieren.

Herr Ortel stellt fest, dass der Kämmerer in der heutigen Sitzung nur erklärt habe, dass die Verwaltung versuchen werde, die 100.000,00 € im Personalkostenbudget einzusparen; einen konkreten Einsparvorschlag habe er jedoch nicht unterbreitet. Wenn das der CDU-Fraktion ausreiche, solle schnellstens hierüber ab-

gestimmt werden. Gleiches gelte auch für die Reduzierung des Stellenplanes um 2,5 Sozialarbeitsstellen, die nur zur Außendarstellung geeignet sei, tatsächlich aber keine Auswirkungen haben werde.

Herr Lütke-meier stellt nochmals klar, dass die Verwaltung vorschläge, die Gesamtpersonalaufwendungen um 100.000,00 € zu reduzieren. Die Verwaltung werde sich bemühen, diese Einsparung zu erreichen, denn dieser Betrag sei nicht stellen- oder personenscharf ermittelt worden. Die Verwaltung wisse im Moment nicht, wie sie diesen Betrag einsparen solle.

Herr Niehues erinnert daran, dass Herr Lütke-meier in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung nicht bereit gewesen sei, diesen Betrag in einer Summe – wie soeben geschehen – einzusparen. Die Bemühungen des Kämmerers, diesen Betrag auch tatsächlich einzusparen, werde ihm seitens der CDU-Fraktion unterstellt.

Herr Lütke-meier führt weiter aus, dass im Personalkostenbudget weder tarifliche noch strukturelle Steigerungen enthalten seien, auch nicht für Folgejahre. Um zu einer Lösung in der Sache zu kommen, habe er diesen Einsparvorschlag unterbreitet, wobei er aber deutlich darauf hinweisen wolle, dass sich Ende des Jahres vielleicht doch herausstellen werde, dass er nicht umsetzbar gewesen sei.

Bezüglich der von Herrn Niehues angesprochenen 44.000,00 € für Sportstätten-sanierung merkt Herr Lütke-meier an, dass diese bis zur Ratssitzung im Haushaltsplan noch aufgenommen würden.

Herr Ortel stellt fest, dass die Verwaltung ohne konkrete Maßnahmen zu benennen vorschläge, das Personalkostenbudget um 100.000,00 € zu reduzieren und versuchen werde, diese Einsparung bis zum Jahresende auch zu erreichen. Unter diesen Umständen hätte man sich die Diskussion in den letzten Wochen sparen können. Am Jahresende sei er gespannt, wie der Kämmerer die Vorgabe der CDU-Fraktion zur Einsparung weiterer 500.000,00 € für das Haushaltsjahr 2007 umsetzen wolle.

Nach der Abstimmung erklärt Herr Niehues für die CDU-Fraktion, dass diese zum Stichtag 30. Juni 2006 eine Darstellung über die aktuellen Bürgschaften und Sicherheiten haben möchte, die ja bekanntlich Bestandteil der Bilanz der Stadt Rheine seien. Ferner bitte er um Aktualisierung der von der Verwaltung zugestellten Liste über die Mittelübertragungen aus dem Jahr 2005, die mit ca. 9 Mio. € abgeschlossen habe. Es handele sich hierbei zwar um zweckgebundene Mittel, die aber bekanntlich bei Dringlichkeitsmaßnahmen hin und wieder als Deckungsvorschlag herangezogen würden. Die aktualisierte Liste per 30. Juni 2006 sei für die CDU-Fraktion wichtig, um die Entwicklung seit Ende des letzten Jahres festzustellen.

Ferner bezieht Herr Niehues sich auf den Antrag der SPD-Fraktion aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, eine Beigeordnetenstelle bei der Stadt Rheine einsparen zu wollen. Er möchte wissen, ob die SPD-Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung unter TOP 3 b der heutigen Sitzung einverstanden sei, nämlich in der Strategie- und Finanzkommission von August bis Oktober im

Rahmen der Gesamthaushaltskonsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2007 über diesen Antrag zu diskutieren.

Herr Toczowski antwortet, dass die SPD-Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden sei.

Herr Lütkemeier erklärt, dass er aufgrund des Hinweises von Herrn Niehues in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung bezüglich der gewünschten Listen diese bereits in Auftrag gegeben habe. Sobald diese vorlägen, würden sie den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der übertragenen Mittel stellt Herr Lütkemeier klar, dass es seit Jahren eine Regelung gebe, wonach übertragene Haushaltsmittel generell nicht zur Deckung anderer Aufwendungen herangezogen werden könnten. Wenn hiervon eine Ausnahme gemacht worden sei, dann nur mit politischer Zustimmung für dringliche Maßnahmen, für die ansonsten kein Deckungsvorschlag möglich gewesen wäre. Im Übrigen seien in der Vergangenheit übertragene Haushaltsreste auch in erheblichem Umfang wieder in Abgang gestellt worden.

Frau Dr. Kordfelder unterbricht um 19:10 Uhr die Sitzung, damit die Fraktionen ihre Positionierung zum Stellenplan nochmals überdenken können und setzt sie um 19:15 Uhr wieder fort.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer I. enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen (nachträglichen) Budgetveränderungen auf der Basis der in der Begründung unter Ziffer II. enthaltenen Erläuterungen zu.
3. Darüber hinaus beschließt der Haupt- und Finanzausschuss aufgrund des heutigen Beratungsergebnisses, das Personalkostenbudget um 100.000,00 € zu reduzieren, im Budget des Fachbereiches 1 44.000,00 € für die Sportstättenanierung sowie 10.000,00 € für die Stiftung Kloster Bentlage in den Haushaltsplan 2006 aufzunehmen.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt,
 - den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen gemäß Anlage 4 der Vorlage auf 4.737.000,00 € festzusetzen und
 - die im Finanzplan nachgewiesenen Investitionen für die Jahre 2006 – 2009 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Fachausschussberatungen und seiner Beratungsergebnisse (Ziffer 3) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 . Gesamtstellenplan 2006
Ergebnisse der Fachausschussberatungen**

II/A/2680

In Fortsetzung der bereits vorher begonnenen Diskussion führt Herr Niehues aus, dass die CDU-Fraktion unter Berücksichtigung des Vorschlages der Verwaltung, den Stellenplan um 2,5 Sozialarbeiterstellen zu reduzieren, die angekündigten Stellenstreichungen als erledigt betrachte.

Die CDU-Fraktion gehe jedoch davon aus, dass die Verwaltung die Fraktionen bei der zeitlich verschobenen Besetzung der Leiterstelle VHS/Musikschule sowie der Stadtplanerstelle trotz Zuständigkeit der Bürgermeisterin wegen der Besonderheit und Wichtigkeit dieser Stellen vor Beschlussfassung mit einbinden werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den der Vorlage als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Stellenplan für das Jahr 2006 unter Berücksichtigung der Reduzierung von 2,5 Sozialarbeiterstellen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Ausschreibung und Vergabe von Lieferungen und Leistungen zur Erstellung von Emsanlegestellen in der Innenstadt und in Bentlage
Aufhebung von Sperrvermerken
Vorlage: 255/06**

II/A/2755

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt die Sperrvermerke im Projekt 5401-1 in Höhe von 100.000,00 € für den Bau von Schiffsanlegestellen an der Ems unterhalb der Nepomukbrücke und am Kloster Bentlage auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Ausschreibung und Vergabe für die Erweiterung der technischen Betriebe - Bürogebäude mit Sozialtrakt
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 256/06**

II/A/2800

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion sich bei der Erweiterungsmaßnahme sehr schwer getan habe, gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt Rheine und der Personaldiskussionen. Nach einer Ortsbesichtigung mit der Verwaltung und dem Personalrat in der letzten Woche, bei der die räumliche Situation nochmals aufgezeigt worden sei, stimme die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu, damit die Ausschreibungen und Vergaben erfolgen könnten.

Diese Zustimmung sei jedoch an die Auflage gebunden, dass der Erweiterungsbau in konventioneller Bauweise erstellt werde, d. h. in Standardbauweise als reines Zweckbauwerk, sodass die Kosten nochmals unterschritten würden.

Ferner möchte die CDU-Fraktion die Verwaltung bitten, eine Sonderuntersuchung für folgende Bereiche hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Mitarbeiterzahl durchzuführen, und zwar zu den Gewächshäusern, der Lkw-Werkstatt und des Handwerkerservices (Schreinerei, Metallbau usw.). Sollte diese Untersuchung zum Ergebnis haben, dass diese Bereiche durch private Unternehmen wirtschaftlicher betrieben werden könnten, würden die betroffenen Mitarbeiter ggf. an anderer Stelle untergebracht.

Ferner habe er von Herrn Dr. Kratzsch erfahren, dass mit den Stadtwerken über die kaufmännischen Strukturen des Bauhofes Gespräche geführt würden. Die CDU-Fraktion möchte die Verwaltung dazu ermutigen, diese Gespräche fortzuführen und dem Fachausschuss zu gegebener Zeit, spätestens jedoch bis zum Ausscheiden des Fachbereichsleiters, Ergebnisse vorzulegen.

Herr Holtel unterstützt die Forderung der CDU-Fraktion zur Durchführung von Strukturuntersuchungen am Bauhof. Vor diesem Hintergrund spreche sich die FDP-Fraktion für die Erweiterung der sanitären Einrichtungen aus, für die nur ein eingeschossiger Baukörper erforderlich sei, der später ggf. aufgestockt werden könne. Unter diesem Aspekt sei die Freigabe eines Betrages von zunächst 280.000,00 € ausreichend.

Die Herren Ortel und Roscher erklären die Zustimmung ihrer Fraktionen zur Vorlage unter der Vorgabe, dass es sich bei dem Erweiterungsbau um eine Standardausführung handele.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 5202-177 Anbau Sozial- und Bürogebäude der Technischen Betriebe Rheine in Form eines Zweckbaus auf.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

13. Einwohnerfragestunde

II/A/3375

Da es inzwischen 19:00 Uhr gewesen ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den o. g. Tagesordnungspunkt auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

**14. Ausschreibung und Vergabe Ausbau Umfeld Volksbank
Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 257/06**

II/A/3385

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Projekte 53014-811 Ausbau Umfeld Volksbank von 100.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Ausschreibung und Vergabe Ausbau Landersumer Weg
Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 258/06**

II/A/3400

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Projekte 53014-0127 Ausbau Landersumer Weg von 145.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Ausschreibung und Vergabe Ausbau Willers Kamp
Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 259/06**

II/A/3425

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Projekte 53014-661 Ausbau Willers Kamp von 161.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Ausschreibung und Vergabe Ausbau Weinstockstraße
Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 260/06**

II/A/3445

Herr Niehues weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten 17 und 18 auch der Ausbau der Anselstraße im Bau- und Betriebsausschuss beschlossen worden sei. Insofern stelle sich die Frage, warum nicht auch die Mittel für die Anselstraße freigegeben werden müssten.

Die CDU-Fraktion wäre jedenfalls bereit, die Mittelfreigabe auch hierfür zu beschließen.

Herr Dr. Kratzsch geht davon aus, dass der Ausbau unter 50.000,00 € liege, so dass ein Beschluss zur Aufhebung des Sperrvermerks nicht erforderlich sei. Andernfalls werde die Verwaltung in der Ratssitzung hierauf zurückkommen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Projekte 53014-0052 Ausbau Weinstockstraße von 165.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Ausschreibung und Vergabe Ausbau Rosenbergstraße
Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 261/06**

II/B/0010

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Projekte 53014-0054 Ausbau Rosenbergstraße von 156.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Ausschreibung der Erneuerung von Störmeldeeinrichtungen/
Fernwirktechnik in den Sonderbauwerken und auf der
Kläranlage Rheine-Nord
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 262/06**

II/B/0060

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 6202-403 für die Erneuerung von Störmeldeeinrichtungen/Fernwirktechnik in den Sonderbauwerken und auf der Kläranlage Rheine-Nord in Höhe von 253.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20. Ausschreibung für eine Ablaufmessung auf der Kläranlage Rheine-Nord und Ergänzung der PO4-Fällung
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 263/06**

II/B/0105

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 6202-402 für die Ablaufmessung mit PO4-Fällung für die Kläranlage Rheine-Nord in Höhe von 75.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**21. Kanalbau im Zuge der Maßnahme "Neue Mitte Dorenkamp"
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 264/06**

II/B/0150

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 6202-024 für den Kanalbau „Neue Mitte Dorenkamp“ in Höhe von 95.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**22. Ausschreibung und Vergabe zur Mischwasserkanalsanierung/-vergrößerung Hauptstraße
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 265/06**

II/B/0190

Herr Holtel erinnert daran, dass im letzten Winter einige Kanalbaumaßnahmen aufgrund der Witterung länger gedauert hätten als geplant. Er weist auf die besondere Bedeutung der Hauptstraße in Hauenhorst hin und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es nicht sinnvoller wäre, mit der Baumaßnahme erst im nächsten Jahr nach Karneval zu beginnen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 6202-117 zur Mischwasserkanalsanierung/-vergrößerung Hauptstraße in Höhe von 110.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**23. Ausschreibung und Vergabe von Kanal- und Straßenbauarbeiten im Gewerbegebiet "Baarentelgen-Nord"
Aufhebung von Sperrvermerken
Vorlage: 266/06**

II/B/0330

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt die Sperrvermerke für die Projekte

53014-901	in Höhe von 100.000,00 €
6202-911	in Höhe von 100.000,00 €

für eine neue Anbindung des Gewerbegebietes „Baarentelgen-Nord“ an den Offenbergweg auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**23.1. Mischwasserkanalsanierung und Straßenerneuerung in der Adolfstrasse von der Luisenstraße bis Heinrichstraße
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 271/06**

II/B/0455

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 6202-172 in Höhe von 100.000,00 € für den Ausbau und die Mischwasserkanalsanierung in der Adolfstraße von der Luisenstraße bis zur Heinrichstraße auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**23.2. Mischwasserkanalsanierung und Straßenerneuerung in der Zollernstraße von der Ewaldstraße bis zur Bergstraße
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 272/06**

II/B/0585

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt folgende Sperrvermerke für die Projekte

53014-411	in Höhe von 50.000,00 €
6202-154	in Höhe von 70.000,00 €

für den Ausbau und die Mischwasserkanalsanierung in der Zollernstraße von der Ewaldstraße bis zur Bergstraße auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

24. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

II/B/0680

Es liegen keine Eingaben vor.

25. Anfragen und Anregungen

II/B/0700

25. a) Wiedererrichtung der historischen Wagenremise des Heimatvereins Hauenhorst

Herr Hagemeier bezieht sich auf die o. g. Angelegenheit, die in der morgigen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ zur Beratung anstehe. Er möchte vorsorglich im Haupt- und Finanzausschuss darauf hinweisen, dass die Finanzierung der Maßnahme durch Barmittel gesichert sei.

Herr Dr. Kratzsch begrüßt diese Aussage und erklärt, dass er ggf. in der morgigen Sitzung hierauf zurückkommen werde.

Ende des öffentlichen Teils: 19:40 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Stellvertretender Schriftführer